

Die rücksichtslosen Provokationen des Kriegsverbrechers Netanjahu – Omer Bartov Teil 2/2

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Talia Baroncelli (TB): Sie sehen theAnalysis.news, ich bin Ihre Moderatorin, Talia Baroncelli. Dies ist Teil 2 meiner Diskussion mit dem Völkermordforscher und Historiker Omer Bartov. Wenn Sie die Sendung unterstützen und uns helfen möchten, besuchen Sie unsere Website theAnalysis.news und klicken Sie auf die Spenden-Schaltfläche in der oberen rechten Ecke des Bildschirms. Tragen Sie sich in unsere Mailingliste ein; so sind Sie immer auf dem Laufenden, wenn wir eine neue Folge veröffentlichen. Teilen Sie die Sendung mit Ihren Freunden und Ihrer Familie, und abonnieren Sie sie auf YouTube oder anderen Podcast-Streaming-Diensten wie Apple oder Spotify. Wir sehen uns gleich mit Omer Bartov.

Ich freue mich sehr, dass ich heute Omer Bartov zu Gast habe. Er ist Samuel Pizar Professor für Holocaust- und Völkermordstudien an der Brown University in den Vereinigten Staaten. Er ist der Autor zahlreicher Bücher, darunter *Hitler's Army, Germany's War, and the Holocaust: Disputed Histories*, sowie ein im vergangenen Jahr, im August 2023, erschienenenes Buch mit dem Titel *Genocide, the Holocaust and Israel-Palestine: First-Person History in Times of Crisis*. Ich freue mich sehr, mit Ihnen sprechen zu können. Es ist schön, Sie wieder bei uns zu haben.

Omer Bartov (OB): Danke für die Einladung.

TB: Ich möchte mich nun dem restlichen Nahen Osten zuwenden, denn die Lage ist äußerst unbeständig. Der oberste politische Führer der Hamas, Ismail Haniyya, wurde in Teheran bei einem Besuch des frisch vereidigten Präsidenten Massud Peseschkian ermordet. Nach dieser Tötung, die Israel weder gelehnet noch für sich in Anspruch genommen hat, wobei es recht eindeutig ist, dass sie es waren, wurde Yahya Sinwar zum politischen Führer der Hamas ernannt. Glauben Sie, dass seine Ernennung angesichts der Tatsache, dass er die Anschläge vom 7. Oktober auf Israel zu verantworten hat, Netanjahu einen weiteren Vorwand liefert, um die Verhandlungen zu unterbrechen und zu behaupten, dass es für Israel nicht möglich sei, mit dem sogenannten Drahtzieher der Anschläge vom 7. Oktober zu verhandeln?

OB: Netanjahu wird in Wahrheit immer eine Ausrede finden. Er ist geschickt genug, um eine Ausrede zu finden. Nun hat er den Hauptverhandlungsführer getötet, wie Beamte in Katar sagten. Zu verhandeln ist sehr schwierig, wenn man Menschen tötet, mit denen man verhandelt. Aber Netanjahu wird immer wieder Ausreden finden, um nicht mit der Hamas zu verhandeln oder um zu verhandeln, aber ohne eine Einigung zu erzielen. Er verschiebt ständig den Zielposten, weil er die Geiseln nicht freilassen will. Er will keinen Waffenstillstand. So einfach ist das. Da gibt es nichts zu beschönigen. Er will ihn nicht, weil er an der Macht bleiben muss. Wenn er sich mit der Hamas einigt, dann drohen seine extremistischen Koalitionspartner, die Leute, über die wir gesprochen haben, [Bezalel] Smotrich und [Itamar] Ben-Gvir, mit ihrem Rücktritt. Wenn sie zurücktreten, ist seine Regierung hinfällig. Und schließlich wird es zuallererst eine Untersuchung geben, denn er will nicht, dass eine staatliche Kommission die Geschehnisse vom 7. Oktober untersucht. Das wird nicht geschehen, solange er Premierminister ist. Das ist absolut sicher. All die anderen Anschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, einschließlich der Anschuldigungen, die mit Siemens, mit der Produktion von U-Booten, mit Bestechung und allen möglichen üblen Machenschaften zu tun haben, können ihn durchaus ins Gefängnis bringen. Das kann er nicht gebrauchen.

Auf Seiten der Hamas gibt es Anzeichen dafür, dass die Hamas eine Einigung anstrebt und dass diese möglich ist. Die Amerikaner haben das bestätigt. Die Ägypter haben das bestätigt. Die Saudis ebenso. Katar bestätigte es. Das israelische Militär und der israelische Geheimdienst, sowohl der Inlandsgeheimdienst als auch der Mossad, sie alle sagen, dass es jetzt an der Zeit ist, eine Einigung zu erzielen, nicht nur, weil wir die Geiseln befreien wollen, sondern weil es das Vernünftigste ist, die Überlebenden freizulassen, zumindest sie gehen zu lassen, nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch, weil die Situation nirgendwo hinführt. Es liegt im strategischen Interesse Israels, die Kämpfe in Gaza fortzusetzen, was der Hauptgrund für das völlige Chaos im Norden Israels, die Zerstörung Nordisraels und die Zerstörung des Südlibanon ist. Ganze Landstriche sind niedergebrannt worden. Zehntausende von Menschen haben ihre Häuser verlassen. Sie haben keine Arbeit. Sie haben kein Einkommen. Sie haben kein Zuhause. All dies ist auf die anhaltenden Kämpfe in Gaza zurückzuführen. Die Beteiligung der Huthis, der Iraner und der schiitischen Milizen in Syrien ist darauf zurückzuführen, dass Netanjahu den Krieg in Gaza nicht beenden will. Die Ermordung von Haniyya ist nur ein Teil der Geschichte. Für mich ist es erstaunlich, denn ich höre jeden Tag die israelischen Nachrichten der größten Sender. Es ist außergewöhnlich, wie jene die öffentliche Meinung in Israel prägen, und die Menschen verfolgen die Nachrichten ununterbrochen, natürlich weil sie Angst haben. Sie wollen wissen, was vor sich geht, und können nicht über den größeren strategischen Rahmen der Ereignisse sprechen. Sie können nicht akzeptieren, dass all das, was jetzt gerade passiert, nicht der Hamas-Angriff, obwohl man auch das mit Netanjahus Politik in Verbindung bringen kann, sondern alles, was jetzt passiert, einfach dem Umstand geschuldet ist, dass ein Mann an der Macht keine Einigung erzielen, keine israelischen Geiseln befreien und den Kampf in Gaza nicht beenden will.

In der gesamten Region sterben derzeit Zehntausende, Hunderttausende von Menschen, und viele weitere könnten jeden Moment sterben, weil dieser eine Mann keine Einigung erzielen will. Das ist absolut außerordentlich.

TB: Gibt es in den israelischen Medien eine Diskussion über diesen geleakten Bericht? Ich glaube, in der israelischen Zeitung Haaretz wurde von einem US-Beamten berichtet, der sagte, dass Biden unglaublich frustriert über Netanjahu sei. Er sagt: „Hören Sie auf, mich bezüglich der Geiseln zu veräppeln“ und deutet damit an, dass Netanjahu mehr tun kann, um einen Waffenstillstand zu erreichen und die Geiseln freizulassen.

OB: Das wurde berichtet. Ja, es wurde bekannt. Aber das Problem ist: Hätte Präsident Biden im November oder Dezember letzten Jahres Folgendes getan und zu Netanjahu, den er schon lange kennt, aber nicht wirklich zu verstehen scheint, gesagt: „Hören Sie, Sie müssen den Krieg jetzt beenden. Sie müssen eine Einigung erzielen und den Krieg beenden. Wenn Sie den Krieg nicht beenden, sind Sie auf sich allein gestellt. Sie sind Staatsoberhaupt und können in Ihrem Staat tun und lassen, was Sie wollen, aber Sie sind auf sich allein gestellt. Sie werden von uns keinen diplomatischen Schutz und keine Waffen erhalten.“ Hätte er das gesagt, wäre der Krieg beendet gewesen. Das hätte einen hohen innenpolitischen Preis für Biden bedeutet, natürlich nicht so hoch wie der jetzige, aber das wusste er ja nicht. Aber es wäre ein hoher politischer Preis gewesen. Hätte er staatsmännisch gehandelt, wären wir jetzt nicht in der Situation, in der wir uns befinden. Die gesamte Region steht am Rande einer Katastrophe, weil (A) Netanjahu offensichtlich diese Politik betrieben hat und (B) die Vereinigten Staaten ihr nicht Einhalt geboten haben, was in der Vergangenheit der Fall war. Es gibt natürlich Beispiele dafür, dass die Vereinigten Staaten zu Israel gesagt haben: „Stopp“. Als sie das taten, stoppte Israel offensichtlich. Dieses Mal hat Biden das nicht getan. Das Ergebnis ist die jetzige Situation. Ja, darüber wird in Israel berichtet. Die Leute haben über Bidens Worte geschrieben, sie schmunzeln und haben versucht, sie ins höfliche Hebräisch oder nicht so höfliche Hebräisch zu übersetzen. Aber sie wissen, dass es Netanjahu gleichgültig ist, weil es keine Sanktionen gegeben hat.

TB: Es gibt ein bekanntes Beispiel dafür, dass die USA sagten: „Stopp Israel“. Ich glaube, das war in den 80er Jahren, als Israel den Libanon bombardierte. Es war Reagan, der... Keiner von uns war natürlich im Raum, also könnte das beschönigt sein. Reagan soll zu Menachem Begin gesagt haben, er solle die Luftangriffe und die Bombardierung im Wesentlichen einstellen, da dies einem Völkermord oder einem Holocaust gleichkäme. Ich kann mich nicht mehr an den genauen Wortlaut erinnern, aber er sagte etwas wie: „Sie müssen sofort damit aufhören“, und das tat er auch. Meiner Meinung nach ist das ein Beispiel dafür, wie die Vereinigten Staaten ihr Druckmittel einsetzen. Kürzlich war Netanjahu in den Vereinigten Staaten. Er hielt eine Rede vor dem US-Kongress. Es gab einige progressive Demokraten, die aus Protest nicht anwesend waren. Es hat den Anschein, dass Kamala Harris versucht hat, eine etwas andere Botschaft zu senden, zumindest ihrer Rhetorik nach, indem sie versuchte, das Leiden der Palästinenser anzuerkennen. Glauben Sie, dass dieser besondere Angriff auf Haniyya sowie auf den zweiten Befehlshaber der Hisbollah in Beirut, Fuad Shukr, Kamala

Harris vermitteln soll, dass sie ihre Politik nicht ändern kann, wenn sie zur Präsidentin gewählt werden sollte?

OB: Ich kann und möchte mich nicht in Netanjahus Kopf hineinversetzen. Es ist kein Ort, an dem ich gerne sein würde. Aber nach meiner Interpretation – und ich bin nicht der Einzige, ich erfinde hier nichts – hofft Netanjahu sehr auf einen Wechsel in der Regierung. Er hofft, dass Trump Präsident wird. Ob das gut für ihn wäre oder nicht, weiß ich nicht, und ich bezweifle, dass das irgendjemand weiß. Ich glaube, nicht einmal Trump weiß das. Ich habe das Gefühl, dass sich für ihn die Chancen der Demokraten auf einen Wahlsieg verringern, wenn sich die Lage im Nahen Osten verschlechtert. Es ist also nicht so, dass er versucht, Kamala Harris zu beeinflussen, sondern er versucht, die Wahl in Amerika zu beeinflussen. Nochmals, ich weiß nicht, ob er Recht hat oder nicht, und ich glaube nicht, dass das seine Hauptmotivation ist, aber ich halte es für einen Teil davon. Seine Hauptmotivation ist im Moment nur eine Sache. Das ist außergewöhnlich, denn so etwas hat es in der israelischen Geschichte noch nie gegeben. Israelische politische Führer haben manchmal brutal gehandelt, aber nie irrational. Dieses Verhalten im Moment ist irrational.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass es viele Fälle gab, in denen amerikanische Präsidenten ein Machtwort gesprochen haben. Es begann mit [Dwight D.] Eisenhower nach dem Krieg von 1956, als Eisenhower damals zu [David] Ben Gurion sagte: „Ihr müsst da raus. Ihr müsst aus dem Sinai abziehen“. Ben Gurion tat dies. Es geschah mit Präsident Bush, dem ersten, als sein Außenminister dem Premierminister [Yitzhak] Shamir erklärte: „Das ist die Telefonnummer des Außenministeriums. Wenn Sie mit uns sprechen wollen, rufen Sie uns an. Ansonsten werden wir uns aus der Angelegenheit zurückziehen“. Das war um die Madrider Konferenz herum. Sie ziehen 10 Milliarden Dollar aus der Finanzierung Israels ab. Das geschah also schon in der Vergangenheit. Wir befinden uns jetzt in einer Situation, in der Israel einerseits einen Premierminister hat, der in Israel selbst sehr viel Macht hat und völlig in seinem eigenen Interesse handelt, völlig gegen Israels eigene Interessen. Auf der anderen Seite haben wir einen Präsidenten in den Vereinigten Staaten, der sich ansonsten, wie ich finde, in der internationalen Sphäre recht gut behauptet hat, aber irgendwie nicht in der Lage war, ein Machtwort gegenüber Israel zu sprechen. Dadurch besteht die reale Gefahr, dass sich die Verhältnisse, so schlimm sie im Moment auch sind, noch weiter verschlechtern.

TB: Ich möchte über die Proteste sprechen, die auf den Universitätsgeländen in den Vereinigten Staaten sowie in Kanada und Europa stattfanden. Als Netanjahu vor dem Kongress eine Rede hielt, äußerte er sich sehr abfällig über diese Demonstranten und bezeichnete sie als antisemitisch und verglich sie mit der Nazi-Jugend in den frühen 30er Jahren, wenn ich mich recht erinnere. Wie würden Sie die Proteste charakterisieren? Würden Sie, ganz allgemein gesprochen, das Recht der College-Demonstranten verteidigen, gegen das Vorgehen der israelischen Regierung zu protestieren, oder würden Sie einige der gemachten Aussagen als antisemitisch betrachten?

OB: Zunächst einmal gibt es in der Politik heutzutage eine Menge Projektionen. Wenn Netanjahu sagt, dass sich die Studenten auf den amerikanischen Universitäten wie die

Hitlerjugend verhalten oder was auch immer, dann sind die Personen, die sich derzeit so verhalten, die Siedler im Westjordanland, wo es echte Gewalt gibt, echte paramilitärische Kräfte, eine Fusion zwischen Siedlern, Paramilitärs, Milizen, der Armee und der Polizei, die alle zusammen an der ethnischen Säuberung des Westjordanlandes beteiligt sind. Das ist eine Projektion.

Was die Proteste angeht, so haben die Studenten auf den amerikanischen und europäischen Universitäten natürlich jedes Recht zu protestieren, und ich denke, sie sollten protestieren. Ich war ziemlich stolz auf die Studenten, die ich kannte, die protestierten, und ich ging zu einigen dieser Camps und saß mit ihnen zusammen und sprach mit ihnen. Am Rande gab es Gruppen und Einzelpersonen, die antisemitische Beleidigungen verwendeten, mit denen ich nichts zu tun haben wollte. Das ist nicht neu. Ich habe solche Dinge erlebt, als ich vor vielen, vielen Jahren in Oxford oder in den Vereinigten Staaten studiert habe. Antisemitismus ist vorhanden und weit verbreitet. Er existiert, und Israel ist sicherlich ein Auslöser für Antisemitismus. Die überwiegende Mehrheit der Studenten, die protestierten, protestierten meiner Meinung nach aus zwei Hauptgründen. Erstens, und das ist meiner Meinung nach ganz uneigennützig, haben sie protestiert, weil sie die Geschehnisse in Gaza gesehen haben und darüber einfach entsetzt waren. Sie ließen verlauten, dass man dagegen protestieren muss. Tausende und Abertausende von Frauen, Kindern, alten Menschen werden umgebracht, eine ganze Region wird zerstört, dagegen muss protestiert werden. Der zweite Punkt ist, dass sie verstehen, dass sie als amerikanische Bürger und Steuerzahler an diesen Ereignissen mitschuldig sind. Wenn man Bürger eines Landes ist, das ein anderes Land bei dieser Art von Aktionen unterstützt, dann ist man ein Teil davon, wenn man nicht dagegen protestiert, wenn man sich nicht dagegen wehrt. Man macht sich mitschuldig. Ich denke, dass diese Proteste völlig legitim waren, und dass die Angriffe auf sie, und das betraf die Vereinigten Staaten, nicht Europa... In Europa waren sie in Bezug auf die Universitäten tatsächlich effektiver, da eine ganze Reihe von Universitäten ihre Investitionen nach Israel zurückgezogen haben. In den USA waren sie viel weniger effektiv. Aber die Angriffe auf die Universitäten, der Einsatz der Polizei gegen sie, die Verunglimpfung als antisemitisch usw. spiegeln etwas wider, das viel tiefer in der amerikanischen Gesellschaft verwurzelt ist. Sie spiegelten die Tatsache wider, dass viele Universitäten in hohem Maße von Spendern abhängig sind, die ihre eigenen Interessen verfolgen und die unter dem Deckmantel der Unterstützung liberaler Institutionen die Vielfalt und Meinungsverschiedenheiten usw. fördern, die Rassenvielfalt, die ethnische Vielfalt, die Geschlechtervielfalt, alles. Unter dieser Fassade gab es Geldgeber, die, wie gut dokumentiert ist, zu den Universitätsverwaltungen gingen und den Präsidenten sagten: Ihr müsst die Polizei einschalten und diese Demonstranten beseitigen. Wenn dies nicht geschieht, verlieren Sie Ihren Job. Dieselben Geldgeber sitzen außerdem in all diesen Gremien und Körperschaften der Universität, die Universitätspräsidenten ernennen und entlassen. Die Universitätspräsidenten, nicht alle, aber viele von ihnen, wollen ihre sehr gut bezahlten Jobs behalten, also haben sie die Polizei eingesetzt. Interessant ist, dass der einzige Ort, an dem es wirklich massive Gewalt gab, die nicht von der Polizei ausging, an der UCLA stattfand. An der UCLA ging die Gewalt nicht von den Demonstranten aus, sondern von einer Gruppe von Hooligans, die aus der Umgebung des Campus kamen und diese Studenten angriffen, während die Polizei tatenlos zusah, bis sie am nächsten Tag wiederkam und dann das Lager

auflöste. Ja, ich denke, das war ein guter Moment. Ich befürchte, dass sich das im Herbst wiederholen könnte. Ich hoffe, dass sich die Universitäten daran erinnern, dass sie genau die Orte sind, an denen Meinungsverschiedenheiten geäußert werden müssen und nicht durch das Einschalten der Polizei unterdrückt werden dürfen.

TB: Die Mehrzahl der Proteste an amerikanischen wie auch an europäischen Universitäten hatte eine sehr konkrete Forderung, und das war die Desinvestition. Ich denke, in den Vereinigten Staaten sind die Stiftungsgelder an diesen Universitäten viel umfangreicher. Wahrscheinlich waren die Forderungen der Demonstranten nach Desinvestition dort weniger erfolgreich als in Europa. Ich möchte Sie zu einem ganz konkreten Fall in Berlin befragen, und zwar an der Humboldt-Universität in Berlin. Die Demonstranten hatten dort ein Zeltlager und besetzten ein bestimmtes Universitätsgebäude. Es gab Gespräche zwischen den Demonstranten und Professoren der Universität und der Universitätsleitung, Julia von Blumenthal. Es handelte sich um Verhandlungen, die in gutem Glauben geführt wurden. Es sah so aus, als ob sie Fortschritte machen würden. Es war dann der Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, der die Polizei einschaltete, um sicherzustellen, dass die Demonstranten gewaltsam aus dem Gebäude vertrieben wurden und das Lager aufgelöst wurde. Ich frage mich, ob diese Art von Äußerungen von Kai Wegner, in denen er alle Studenten als israelfeindlich bezeichnet oder behauptet, sie seien judenfeindlich und antisemitisch, ob dies tatsächlich Antisemitismus hervorruft oder dem Antisemitismus in die Hände spielt?

OB: Ich fürchte, ich kann nicht viel über die Ereignisse in Berlin sagen. Ich weiß nicht genau, was dort passiert ist. Was ich sagen kann, ist, dass in den Vereinigten Staaten leider viele der identifizierbaren Spender, d.h. Spender, die sich selbst als diejenigen identifiziert haben, die Druck auf Universitäten zur Auflösung von Zeltlagern ausüben, um Studenten zum Schweigen zu bringen, zufällig jüdische Milliardäre sind, die überhaupt nicht die jüdische Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten repräsentieren, aber vorgeben, sie zu vertreten. Ihre Aktionen werden dabei eine Rolle spielen. Sie geben vor, gegen Antisemitismus zu kämpfen, was überhaupt nicht das Hauptmerkmal dieser Proteste ist, aber ihre Aktionen werden dem antisemitischen Argument in den Vereinigten Staaten in die Hände spielen, dass Juden die Hochschulbildung, die Verwaltung, alle Fäden der Macht und des Geldes im Lande kontrollieren und so weiter. Ich befürchte, dass diese Spender, die sich an ihrer eigenen Macht berauschen, im Falle einer Trump-Administration mehr und mehr Antisemitismus hervorbringen werden, der mit dem Argument des Antisemitismus begründet wird. Personen wie die Abgeordnete [Elise] Stefanik und andere, deren Wurzeln in Vorurteilen, Bigotterie und Antisemitismus liegen und die behaupten, diese zu bekämpfen, werden sich im richtigen Moment gegen die jüdische Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten wenden.

TB: Omer Bartov, Professor für Holocaust- und Völkermordstudien an der Brown University, es war großartig, wieder mit Ihnen zu sprechen. Ich hoffe, dass wir Ihre Erkenntnisse bald wieder in der Sendung hören können. Danke, dass Sie bei uns waren.

OB: Okay. Dankeschön.

TB: Danke, dass Sie theAnalysis.news gesehen haben. Wenn Sie uns unterstützen möchten, besuchen Sie bitte unsere Website theAnalysis.news und wir sehen uns beim nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Click here
---	--	--	---

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org